

Dr. Wolfgang Mückstein
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.589.882

Wien, 20.9.2021

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichteten schriftlichen parlamentarischen **Anfragen Nr. 7520/J bis 7528 /J der Abgeordneten Dr. Dagmar Belakowitsch, Peter Wurm und weiterer Abgeordneter betreffend SVS-Ombudsstellen und Coronamaßnahmen 2020/2021 in den Bundesländern** wie folgt:

Ich schicke zu sämtlichen Anfragen voraus, dass sich diese auf Fragen des *Vollzugs durch die Sozialversicherungsträger* beziehen. Ungeachtet der Tatsache, dass dieser an sich nicht Gegenstand des Interpellationsrechts nach Art. 52 B-VG ist, habe ich in vorliegender Angelegenheit eine Stellungnahme der Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen (SVS) eingeholt. Diese Stellungnahme habe ich der Beantwortung zu Grunde gelegt.

Auf Grund der besseren Übersichtlichkeit wurden dabei sämtliche, im Wesentlichen (bis auf die Bezeichnung des jeweiligen Bundeslandes) gleichlautenden Anfragen in einer Beantwortung zusammengezogen.

Einleitend teilte die SVS mit, dass sie als bundesweiter Versicherungsträger nur eine zentrale Ombudsstelle (mit Sitz in Wien) hat. Die Ombudsstelle sei nicht für Ansuchen um Rechtsschutz oder deren Durchsetzung zuständig, sondern diene lediglich als Anlaufstelle für Beschwerden, Leistungsüberprüfungsersuchen sowie Lob und

Verbesserungsvorschläge. Im Zuge von telefonischen, persönlichen oder schriftlichen Kontakten würden Missverständnisse aufgeklärt, Hilfestellungen gegeben, Lösungen gesucht und schlussendlich vermittelt.

Frage 1:

- *Wie viele Ansuchen um Informationen und Rechtsschutz von Bürgerinnen und Bürgern wurden an die SVS-Ombudsstelle seit dem 1.1.2020 insgesamt gestellt?*

Hiezu hat die SVS mitgeteilt, dass die SVS-Ombudsstelle im Jahr 2020 in insgesamt 2.575 Fällen kontaktiert wurde. Im Zeitraum vom 01.01.2021 bis 30.06.2021 seien weitere 1.742 Anfragen dokumentiert.

Fragen 2 und 6:

- *Wie viele Ansuchen um Informationen und Rechtsschutz von Bürgerinnen und Bürgern wurden an die SVS-Ombudsstelle seit dem 1.1.2020 für die jeweiligen Bundesländer insgesamt gestellt?*
- *Wie viele Ansuchen um Informationen und Rechtsschutz von Bürgerinnen und Bürgern wurden an die SVS-Ombudsstelle im Zeitraum 1.1.2010 bis 31.12.2019 für die jeweiligen Bundesländer insgesamt gestellt (aufgelistet nach den einzelnen Jahren)?*

Hiezu hat die SVS mitgeteilt, dass eine Auswertung nach Bundesländern nicht möglich sei.

Frage 3:

- *Wie viele Ansuchen um Informationen und Rechtsschutz von Bürgerinnen und Bürgern wurden an die SVS-Ombudsstelle im inhaltlichen Zusammenhang mit politischen und rechtlichen Corona-Maßnahmen seit dem 1.1.2020 für die jeweiligen Bundesländer insgesamt gestellt?*

Hiezu hat die SVS mitgeteilt, dass eine diesbezügliche Auswertung nicht möglich sei, da in der SVS zu keinem Zeitpunkt eine Klassifikation/Dokumentation von Kundenanfragen nach dem Parameter „im inhaltlichen Zusammenhang mit politischen und rechtlichen Corona-Maßnahmen“ stattgefunden habe.

Frage 4:

- *Welche anderen politischen und rechtlichen Maßnahmen haben diese Ansuchen an die SVS-Ombudsstelle seit dem 1.1.2020 für die jeweiligen Bundesländer umfasst?*

Dazu hat die SVS keine konkreten Angaben gemacht.

Frage 5:

- *Wie viele Ansuchen um Informationen und Rechtsschutz von Bürgerinnen und Bürgern wurden an die SVS-Ombudsstelle im Zeitraum 1.1.2010 bis 31.12.2019 insgesamt gestellt (aufgelistet nach den einzelnen Jahren)?*

Hiezu hat die SVS nachfolgende Tabelle übermittelt – und erläuternd darauf hingewiesen, dass bezüglich dieser Zahlen das Jahr 2020 bzw. 2021 nur schwer mit den anderen Jahren zu vergleichen seien, zumal die ehemalige SVB vor der Zusammenlegung mit der SVA zum 01.01.2020 keine diesbezüglichen Auswertungen durchführte.

2010	921
2011	973
2012	1.314
2013	1.329
2014	1.449
2015	1.527
2016	1.626
2017	1.689
2018	1.746
2019	1.967

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Mückstein

